

Emser Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen

Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Reklamazeile 50 Pf.

Schriftleitung und

Geschäftsstelle:

Bad Ems, Römerstr. 96.

Telefon Nr. 7.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Rich. Klein, Bad Ems 1

Nr. 221

Bad Ems, Freitag, den 26. September 1919

71 Jahrgang

Telephonische Nachrichten.

Wiederkehr aus englischer Gefangenschaft.

Wannheim, 26. Sept. Gestern kam ein weiterer Transport Kriegsgefangener mit 1183 Mann aus englischer Gefangenschaft hier an.

Aus dem Wetterwinkel Armenien.

Amsterdam, 26. Sept. Den englischen Blättern zufolge, teilte der armenische Präsident mit, die Lage der Armenier höchst bedenklich ist. Türkische Kavallerie-Truppen umzingelten das Land und nahen. (2)

Der Umsturzplan der Spartakisten.

Folgende Mitteilungen aus den Geheimplänen der Spartakisten entnommen den Nachrichten, die vom Generalsekretär zum Studium des Bolschewismus herausgegeben.

Der Haushaltsausschuss der preussischen Landesversammlung teilte Ministerpräsident Dierich in einer Sitzung auf Ausführungen eines Unabhängigen mit: Die Regierung hat bei einem Agitator des Spartakismus, der ins Ausland reisen wollte, eine Instruktion verfasst: „An alle Vertrauensmänner“, in der es heißt: „Gruppen Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei gründen in ihren Gruppen eine streng geheime politische Organisationsgruppe. Zweck dieser politischen Gruppen: Registrierung aller politischen Machtfaktoren, die der kommunistischen Bewegung ein Hindernis bilden. Diese angelegten Namensverzeichnisse ist es erdacht, genau unsere Feinde aufs strengste zu überwachen, ihrem Ausstand dingfest zu machen und abzuurteilen. Sollte die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands, Österreichs und der Tschechoslowakei eine Beseitigung einer unliebsamen politischen Person für gut befinden, so erhält jene politische Gruppe den Auftrag zur Ausführung, wo die betreffende Person ihren ständigen Wohnsitz hat. Eine eigenmächtige Aktion ohne Auftrag der Zentrale darf von den Gruppen nicht ausgeführt werden, es sei denn, daß Verräter sofort bestraft seien. In diesem Falle ist der Gruppe überlassen, den richtigen Weg einzuschlagen. Welcher Genosse die Ausführung hat, entscheidet das Los, und derselbe ist innerhalb 24 Stunden den Plan auszuführen, wenn er nicht selbst daselbst das Schicksal erleiden will. Verurteilung gibt es keine. In diesen politischen Gruppen sollen nur die verlässlichsten und vertrauesten Genossen aufgenommen werden. Berrat wird sofort mit dem Tode bestraft. In einer Gruppe dürfen nicht mehr als vier Personen in die politische Organisation aufgenommen werden. Die geheime Wahl entsendet einen Vertrauensmann,

dem Befehlsgewalt übertragen wird, dessen Befehlen ist unverzüglich Folge zu leisten. Die kommunistische Partei Deutschlands vereinigt sich mit den Syndikalistischen-Anarchisten in der Ausführung in der Art und Weise, daß auch die Syndikalistischen diesen Gruppen geheim angehören. Streng vertrauliche Informationen über politische Persönlichkeiten sind nur durch Kurier der Zentrale mündlich zu überbringen oder an die Dekadette (Zentrale: Dittich Nr. 6, Marktgrafenstraße 1, Dresden) zu schreiben. Der gewählte Zentralrat entscheidet in geheimer Wahl und durch Los über Ausführung der Tat und des Plans.“ „Das sind die Leute“, so fuhr der Ministerpräsident fort, „die von der äußersten Linken, von der U. S. P., stets in Schutz genommen werden.“

Nicht minder eindrucksvoll ist der Geheimbefehl, der bei dem kürzlich in Pasing bei München verhafteten Kommunisten Heile (auch Ehard genannt) gefunden wurde. Einige der bei Heile gefundenen Schriftstücke waren in unentzifferbarer Geheimschrift, der Hauptplan in offener Sprache enthielt einen genauen Plan zur Verwirklichung der Münchener Kaserne, wobei mit leichten Maschinengewehren und selbst Flammenwerfern vorgegangen werden soll. Wenn auch Menschenleben geschont werden sollten, so wäre es doch besser, es sterben in der ersten Stunde 3 als in der nächsten 30 Menschen. Noch in derselben Nacht sollten die Ortschaften rings um München besetzt werden. Im Schlusssatz heißt es: Alle Abschriften dieses Plans müssen numeriert sein. Fünf Exemplare sind in Geheimschrift an einem sichern Ort aufzubewahren. Ein Waffengang ist unvermeidlich. Dem Truppenoberkommando ist eine „irreführende“ Abschrift dieses Planes durch „Spione“ zuzuführen. Zivilisten mit Schusswaffen in der Hand werden ohne Standgericht auf Befehl eines Offiziers erschossen. Mündern wird mit dem Tode bestraft. Offizielle Disziplin. Vorherige Befehle der Offiziere. Sofortige Propaganda in der Reichswehr. Rote Armee in festen Verbänden organisieren.

Der Bahrtsche Courier erzählt, daß der neue Umsturz für die ersten Dezembertage geplant sei. Man hatte ursprünglich ursprünglich sogar die Absicht, schon im Oktober loszuschlagen. In der Sitzung des Aktionsausschusses der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei am 10. September erklärte der Vorsitzende Schelle, daß ein Führer der kommunistischen Partei an ihn herangerufen sei, um zu erfahren, wie die unabhängige Sozialdemokratie sich zu einem unverzüglichen Umsturz stelle, für den alle Vorkehrungen bis ins kleinste getroffen worden seien. Die Aktion wurde aber wieder verschoben.

In Halle verhaftete die Polizei die beiden Münchener Kommunistenführer Graf und Franta, die angeblich nach Halle gekommen waren, um den früheren Kommunistenführer und jetzigen Spitzel Hartung durch Mordmord zu

beseitigen. Außerdem wurde der Vorsitzende der dortigen Kommunistenpartei und eine größere Anzahl Parteimitglieder, im ganzen 11 Personen, darunter auch Frauen, festgenommen. Aus bei den Verhafteten vorgefundenen Briefen, bei denen sich außerdem größere Mengen Chloroform und Morphinum befanden, soll hervorgehen, daß es sich um einen Mordplan größeren Stils handelt und daß eine Reihe führender Persönlichkeiten der gegnerischen Parteien mit Gewalt aus dem Wege geräumt werden sollten. Die Verhaftung der beiden Münchener Kommunisten hat zur Aufhebung eines Revolutionstribunals der Kommunisten geführt, das nach russischem Muster in Halle und von dort aus in anderen Orten Deutschlands zu arbeiten gedachte. Münchener Kommunisten, die geschlichtet waren, als ihre Herrschaft zusammenbrach und ihre gerichtliche Verfolgung drohte, hatten sich im Verein mit holländischen Kommunisten so eine Art Revolutionsfeme geschaffen, um die ihnen entgegenstehenden Personen, durch die sie sich in ihren Bestrebungen gefährdet fühlten, durch Mord zu beseitigen. Im Hotel Sachsenhof fanden zwischen Kommunisten aus München, Halle, Leipzig und Berlin Besprechungen statt, in denen die Mordpläne geschmiedet wurden. Die Geliebte des Militärbevollmächtigten des Soldatenrats, des Leutnants Ferchland, die zurzeit in Untersuchungshaft sitzt, eine gewisse Emma Hoffman, gab den Münchener Kommunisten Unterkunft und besorgte ihnen auch Geldmittel. Es wurden Tausende von Flugblätter gefunden, in denen Putzsch größerer Umfangs angekündigt wurden.

Preussische Landesversammlung.

Sitzung vom 23. September.

Am Ministertisch: Stegertwald, Baenisch.

In der Beantwortung kleiner Anfragen erklärt die Regierung, daß die Regierungspräsidenten angewiesen worden seien, der Unterbringung der aus den abzutretenden Gebieten ankommenden Deutschen ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und daß Fürsorgestellen eingerichtet worden seien. Eine Absicht, die Polizei, insbesondere die Berliner Polizei, militärisch zu organisieren, bestehe nicht. Die Vermehrung des Verbrechertums aber mache notwendig, eine Neuordnung zu treffen, vor allem durch Heranziehung junger waffengeübter Kräfte. Die erforderlichen Mittel werden von der Landesversammlung angefordert werden. Inwiefern den gehobenen Unterbesatzen Preußens in gleicher Weise wie im Reich jährliche Gehaltszulagen bewilligt werden können, unterliegt noch der Prüfung.

Die zweite Beratung des Haushaltsplanes wird beim Ministerium für Wohlfahrtspflege fortgesetzt. Abg. Dr. Moldenhauer (D. Vp.): Das Ministerium muß alle für die Volkswohlthat nutzbar zu machenden

Marianne.

Novelle von Fritz Ganser.

Nachdruck verboten.

Sie wußte es, daß eine Feindin zu ihr sprach, eine, die haßte. Warum? Das wußte sie nicht. Sie mochte auch jetzt darüber nicht grübeln. Nur allein! Schrie es in ihr. Mechanisch erhob sie die Hand und wies nach der Rechten. „Neben Sie jetzt“, forderte sie tonlos, „ich vermag niemand mehr zu sehen! Niemand! Keinen Menschen!“ Und als Male ihren Mund noch einmal öffnen wollte, um eine neue Malice gegen das verhasste, gottverfluchte Kind auszuspielen, stand Marianne, eine mitleidige Entschlüsse folgend, plötzlich neben ihr, schob hinaus, zog die Tür hart ins Schloß und regelte ab. „Freche, unverschämte Person!“ murmelte Male in sich, als sie vor der verschlossenen Tür stand. Sie legte, ob sie diese Vergewaltigung sich so ohne weiteres lassen dürfe, und wollte schon mit herrischem und energischem Klopfen Einlaß begehren, um zu reden, unverschämten Person“ den Standpunkt endlich klar zu machen — als sie an die — Bohnen dachte. „Nicht, die Bohnen!“ Sie ließ die schon zum Kochen bereit gehaltene Hand sinken, blickte sie augenblicklang zur Faust und sagte laut: „Wir halten Abrechnung, Jungfer Marianne.“ „Dann morgen! Morgen beim Bohnenschnitzeln!“ Dann raste sie wütend, im Gesicht zornesrot, die Schritte hinab und warf die Küchentür so wuchtig zu, daß ein harter Schlag mit lautem Dröhnen durch das stille Haus fiel. Marianne fuhr erschrocken zusammen und wurde aus ihrem dumpfen Grübeln und Borsich-hinstarren aufgeweckt. Eine entsetzliche, namenlose Angst kam über sie. „Nein, in diesem Hause konnte sie unmöglich bleiben! Hier würde sie zugrunde gehen, rettungslos und sicher.“ Schon der bloße Anblick dieses Zimmers fiel ihr auf die Nerven, gar nicht zu denken an den entsetzlichen Kampf-

und Lasterdelgeruch, der hier oben so jählich zu sein schien, wie unten im Flur der Duft der grünen Selse.

Und dazu die beiden Menschen! Der Onkel Leberecht Jensen erschien ihr als die personifizierte Spießbürgerlichkeit und Bureautraite. Und die maßlose Haushälterin, die ja wohl Male oder so ähnlich hieß, kam ihr vor wie ein Gemisch von Schreierwut, Drachengift und — Frömmigkeit.

„Ich will wieder fort, ich muß fort, ich kann nicht bleiben!“ murmelte sie und trampfte die schmalen, weichen Hände verzweifelt ineinander.

Wie abwesend ging sie zum Tische und lehnte sich schwer dagegen. Mit heißen, brennenden Augen starrte sie auf die Truhe, die ihr gerade gegenüberstand. Ihre Blicke saugten sich an den beiden Engelsköpfen fest, deren freundliches Lächeln ihr schließlich wie ein diabolisches Grinsen erschien, das immer grausiger und verzerrter wurde, je länger sie die pausbäckigen Gesichter betrachtete.

Endlich vermochte sie nicht mehr hinzusehen. Sie schlug beide Hände vor die Augen, sank in sich zusammen und begann über einen Ausweg zu grübeln.

Es gelang ihr nur mühsam, ihre wilden, sich jagenden Gedanken in ein leidenschaftloses Lieberlegen hineinzu-zwängen.

Als sie endlich ruhiger geworden war, erinnerte sie sich zunächst der alten Freunde einer glänzenden, sorglosen Zeit.

Wenn sie zu ihnen ging? Sie würden helfen. Sie mußten helfen! —

Ja, sie wollte gleich zu ihnen. Aber dann kamen mit dem Vorfall und dem gewissen Hoffen auch schon Bedenken. —

Ob sie eine Marianne Wesenius noch kennen würden? Noch kennen wollten? — Im günstigsten Falle war sie ihnen allen wohl höchstens für Wochen ein interessanter Gast. Und dann? — Ah, dann folgte vielleicht noch ein stiller Geduldssatz für Tage! Dauernd hätte sich niemand die verarmte Tochter des genialen Künstlers auf. Schließlich segnete jeder von ihnen die Stunde, in der sie wieder von ihnen ging. —

Nein, zu jenen konnte sie nicht. — Sie wollte auch nicht. Denn neben allen Bedenken erstand plötzlich etwas anderes in ihr. — Der Stolz. —

Er rechte sich auf wie ein wehrhafter Mann und trieb

ihr die Rote der Scham ins Gesicht, daß sie erst jetzt den Weg zu ihm fand.

Es mußte ja entsetzlich demütigend sein, als Bittende und Einlassheischende vor fremden Türen zu stehen, um schließlich nichts weiter damit zu gewinnen, als mitleidiges Erbarmen für eine kurze Spanne Zeit. —

Nein, nein, das nicht!

Aber was dann?

Der Stolz wies ihr ganz folgerichtig das Wort:

„Arbeit!“

„Verlaß dich auf niemand“, sagte der Stolz Marianne,

„hülfe dir selbst!“

Ah, sie kannte das Wort „Arbeit“ ja kaum.

Trotzdem erwog sie, angestrengt grübelnd, welchem Er-

werbszweige sie sich vielleicht zuwenden könnte.

Hundert Möglichkeiten schwirten ihr durch den Sinn.

Aber sie vermochte sich für keine zu entscheiden und sich

zu einem Entschlusse durchzuringen. Denn es fehlte ihr

der Mut zum frischen Beginnen, da sie von einem Mißer-

folg überzeugt war.

Blieb wirklich nur dieses entsetzliche Haus mit seinem

Scheuerdunst und Kampfer- und Lavendelgeruch? —

Wenn sie nicht verhungern wollte, mußte sie bleiben!

Das war das Ende alles Grübelns.

Ihre Hände sanken schlaff am Körper herab, und ihre

Augen wanderten wie hilflos suchend durch das Gemach.

Und dann hasteten sie plötzlich auf einem Wandspruch,

der über der Tür hing, und den sie bis jetzt nicht be-

merkt hatte.

Mechanisch fügte sie die auf schwarzem Grunde neben-

einander gereihten schlichten Buchstaben in silbernem Druck

zu Wörtern zusammen und las:

„Befiehl dem Herrn deine Wege und hoffe auf ihn, er wird's wohl machen!“

Zweimal, dreimal murmelten es ihre Lippen, als

mühte sie aus dieser Mahnung und Verheißung des

Psalmisten etwas herauszuholen, was sie retten könnte. . . .

Nein! Es blieben für sie nur leere Worte ohne Ge-

halt und Trost. Sie sah nicht den festen Fels und den

sicheren Untergrund — weil sie beides nicht zu sehen

vermochte. —

Sie tat nur eins.

Sie lachte grell. —

Fortsetzung folgt.

Kräfte zusammenschließen. Es darf niemand durch politische oder konfessionelle Bedenken abgelenkt werden. Dabei muß das Eigentum der Kirchen, was schon die Reichsverfassung verbürgt, an ihren Wohlfahrtsanstalten unangetastet bleiben. Auch beim ärztlichen Studium wird auf die Volkshilfe Rücksicht gelegt werden müssen. Im Mittelpunkt der Jugendpflege muß die Familie stehen, aber wo sie ihren Aufgaben nicht gewachsen ist, muß der Staat einsteigen. Die Errichtung eines Jugendamtes halten daher auch wir für erforderlich. Auch in der Bekämpfung der Prostitution muß man neue Wege einschlagen. Die wichtigste und dringendste Aufgabe für das Wohlfahrtsministerium besteht in der Lösung des Wohnungsproblems. Die große Frage der Bodenpolitik wird ja nicht in Preußen entschieden, sondern ist Reichssache, und Artikel 155 der Reichsverfassung deutet bereits in einem bodenreformerischen Programm die Richtung an, die diese Politik einschlagen wird. Wir stimmen diesem Programm durchaus zu. Zur Abwendung der Wohnungsnot wäre schon manches zu erreichen, wenn eine schärfere Kontrolle über die Verwendung der Baumaterialien Platz griffe. Ganz besonders leiden die rheinischen Städte im besetzten Gebiet unter der Wohnungsnot. In Trier wimmelt es von Flüchtlingen, in Köln von Schiebern. Wir stimmen dem Antrag Schmedding zu, wonach in der Gewährung von Zuschüssen für Neubauten fortgefahren werden soll. Aber da auf diesem Wege die Wohnungsnot nicht zu beseitigen ist, bleibt eigentlich kein anderer Ausweg, als daß die Bevölkerung dazu übergeht, enger zusammenzuziehen, daher der Gedanke der Stangeinmischung zu der bis jetzt 216 Städte ermächtigt worden sind. Diese Maßnahme ist praktisch noch nicht erprobt worden und wird zweifellos eine ungeheure Verdrängerung in der Bevölkerung erzeugen. Gegen einen etwaigen Wohnungsdruck wird dabei vielleicht nach dem Kölner Muster Vorkehrungen zu treffen sein. In dem besetzten Gebiete sollten die den Städten für die Stellung von Quartieren erwachsenen Kosten vom Reich übernommen werden.

Ein Vertreter der Medizinabteilung des Ministeriums betont in Beantwortung früherer Anfragen u. a., daß die Abteilung es für eine ihrer vornehmsten Pflichten hält, neue wichtige Heilverfahren auf das genaueste zu prüfen. Der Kampf gegen die Tuberkulose müsse in noch größerem Umfange als früher geführt werden, besonders bei der Jugend, durch soziale, hygienische Fürsorge und scharfe Maßnahmen. Der Antrag Wolff Hoffmann muß daran scheitern, daß die Frage der Sozialisierung der Ärzte noch nicht genügend geklärt ist. Die freie Arztwahl für die Armen sei allerdings erwünscht.

Abg. Zimmer (Ztg.): Die Vergesellschaftung der Ärzte muß angestrebt werden, ebenso die der Apotheken. Die Wochenhilfe darf nicht der Krankenhilfe allein überlassen werden. Die Bekämpfung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten muß in größerem Umfange vom Staat übernommen werden. Diese Krankheiten nehmen noch immer zu, auch auf dem Lande. Das neue Gesetz muß auch auf dem Gebiete des Mutterchutzes eingreifen. Die Hebammen müssen besoldete Beamte der Gemeindefürsorge, am besten der Provinzen, werden. (Beifall.)

Abg. Frau Dr. Deuer (Zentr.) bespricht die Tätigkeit der Frauen im Wohlfahrtswesen im Sinne der katholischen Weltanschauung. Weitergehende Fürsorge für das uneheliche Kind sei zu verlangen, ebenso für uneheliche Mütter.

Abg. Prof. Dr. Abderhalden (Dem.): Unsere heutige Jugend ist aus dem Gesele geworfen, moralisch und gesundheitlich. Der Arbeiter ist unterernährt, so daß seine Leistungsfähigkeit auf 75 Prozent herabgesetzt ist. Das Wohlfahrtsministerium muß hier mit den anderen zuständigen Stellen zusammenarbeiten. Bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten dürfen keine Kosten gescheut werden. Der Alkoholgenuß muß mit allen Mitteln eingeschränkt werden.

Abg. Elm a-Barmen (Deutschnat.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Wehl, indem er den Einfluß der evangelischen Kirche auf dem Gebiet der Wohltätigkeit und Liebeswerke darstellt.

Abg. Leid (U. Z.): Die Fürsorgeerziehung bedarf einer gründlichen Reform. Sie darf vor allem nicht in einen neuen konfessionellen Rahmen eingekastet werden.

Unterschatzsekretär Meißner: Der Bau von Luxusgebäuden ist bereits im Januar 1918 verboten worden. Die Zentralbehörden sind stets bestrebt gewesen, die ungewollte Verwendung von Baumaterial zu verhindern.

Abg. Dr. Pohlmann (D. Vpt.) wünscht eine liberale Bekämpfung der Riegeleien mit Material. Eine entsetzliche Erscheinung ist die Schädigung der Jugend, nicht nur der Großstadt, sondern auch der Provinz, durch gewisse neu entstandene Zeitungen, in deren Anzeigen teil sich Dinge befinden, die auch Erwachsenen die Schamröte ins Gesicht treiben müssen. Hier ist eine Zensur nicht zu übersehen. Der jetzigen Verrohung und Verwilderung der Sitten kann nur durch die Religion wirksam begegnet werden.

Der Haushaltsplan des Wohlfahrtsministeriums mit den Anträgen auf Förderung des Kleinwohnungsbaues und der Kleingärten sowie auf Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes und eines Jugendamtes wird angenommen.

Der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten auf Errichtung eines Reichsgesundheitsministeriums wird abgelehnt.

Sitzung vom 24. September.

Die zweite Beratung des Staatshaushalts wird bei den Mitteln für die kleinen Verwaltungen fortgesetzt.

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Z.) fordert beim Haushalt der Lotterieverwaltung, daß der Staat, der mit Recht das Glücksspiel bekämpft, auch selbst dieses unmoralische Gewerbe aufhebe.

Abg. Wenke (Dem.) weist beim Haushalt der Münzverwaltung auf die vaterlandslose Gesinnung der vielen z. T. sehr hohen Herrschaften hin, die sich im Kriege noch große Mengen von Gold zu verschaffen gewußt hätten. Später kam das Hamstern des Silbers und Nickels hinzu.

Abg. Ab. Hoffmann (U. Z.): Es gibt viele Kirchen, die noch in Gold wühlen; man sollte ihnen die Goldmünzen abnehmen und ihnen dafür Papier geben.

Abg. Hennig (U. Z.) bittet, die Staatsarchive mehr als bisher den unparteiischen Geschichtsforschern und den Politikern zugänglich zu machen. Für das Volk ist es von großem Belang, über die abgeschlossene Hohenzollernzeit ein klares Bild zu bekommen. Man sollte die Archive nicht länger mit Stacheldraht umzäunen.

Der Generaldirektor der Staatsarchive befreit, daß das geschieht, und sagt dann: Solange ich die Archive führe, wurde noch kein Besuch abgelehnt. Sie können ruhig hinkommen, Geheimnisse sind dort nicht zu finden, die sind wo anders. (Heiterkeit.)

Zum Haushalt der Oberrechnungskammer befragt der Staatshaushaltsausschuß, die Staatsregierung zu ersuchen, zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs auf zeltgemäße Vereinfachung der für die Oberrechnungskammer geltenden Bestimmungen Bedacht zu nehmen.

Abg. Dr. Kähler, Greifswald, (Deutschnat.): Eine Neuordnung des Rechnungswesens ist erforderlich. Es muß aber dabei der Oberrechnungskammer der völlige Einfluß auf die Staats- und Finanzverwaltung wie bisher gesichert werden.

Das Haus nimmt den Antrag des Ausschusses an.

Die Haushalte für den Disziplinarhof, den Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte und für das Gefängnisverwaltungsrat in Berlin werden ebenso wie die vorher beratenen Haushalte in Einnahme und Ausgabe unverändert bewilligt. Zum Haushalt des Deutschen Reichs- und preussischen Staatsanzeigers wird ein Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten, den Staatsanzeiger allen Mitgliedern des Hauses auf Wunsch zuzustellen, dem Staatshaushaltsausschuß überwiesen.

Im Haushalt für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten sind 120 000 Mark als Aufwendung an das Deutsche Reich für die Versorgung rein preussischer Angelegenheiten ausgeworfen. Der Ausschuß beantragte, diesen Posten zu streichen, im übrigen den Haushalt unverändert zu bewilligen.

Berichterstatter Abg. Dr. Frenzel (Dem.): Dieser Haushalt dürfte der Landesversammlung zum letzten Male vorgelegt haben. Der Ministerpräsident hat im Ausschuß erklärt, daß die preussischen Gesandtschaften bei den anderen deutschen Staaten in München, Hamburg usw. auf die Dauer selbstverständlich nicht aufrecht zu erhalten sind und in dieser Form das letzte Mal im Haushaltsplan gestanden haben.

Zu einem Zwischenfall kommt es bei der Beratung des Haushaltes des Kriegsministeriums. Es handelt sich um die Aufrechterhaltung der Bestände im Zeughaus.

Abg. Klausner (U. Z.) tadelt, daß die fragwürdigen Fahnen im Zeughaus verbrannt worden sind. Er bezeichnet diese Tat als eine „verbrecherische Ausschreitung eines überspannten Patrioten“. Hierdurch entsteht lebhaft Unruhe auf der rechten Seite.

Abg. Graef (Dn. Vp.): Ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß in einem deutschen Parlament an einem Akt der nationalen Verweigerung eine solche Kritik geübt werden könnte. Auch im Auslande hatte die Verweigerung der Fahnen gerade so wie die Verweigerung der Schiffe volles Verständnis und sogar Anerkennung gefunden.

Es folgt die Einzelberatung des Haushaltes der Bauverwaltung. Der Staatshaushaltsausschuß hat den Haushalt genehmigt und folgende Anträge empfohlen: die Staatsregierung zu ersuchen, a) in die Bezirkswasserstraßenbauwerke, sowie in den Landeswasserstraßenbauwerk Vertreter der Arbeiter und Angestellten aufzunehmen. Das Vorschlagsrecht für diese Vertreter ist den gewerkschaftlichen Organisationen zu übertragen. b) für die ständig beschäftigten Beamten und Arbeiter der Bauverwaltung bzw. Wasserbauverwaltung Interessentenvertretungen zu errichten, die aus allgem. geheimen u. direkten Verhältniswahlen hervorgehen und bei der Gestaltung der Arbeits- bzw. Einstellungsverhältnisse mitwirken können.

Deutschland.

D Die Schlesische Frage. Im Ausschuß der Preussischen Landesversammlung für die ober-schlesische Frage und den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbständigkeit der Provinzen wurde zunächst der vom Zentrum vorgelegte Gesetzentwurf über die Errichtung einer Provinz Oberschlesien in der von der Unterkommission vorgeschlagenen Fassung bei einer Stimmhaltung (U. Z.) angenommen. Nach dem Entwurf soll die Teilung der Provinz Schlesien

in eine Provinz Ober- und Niederschlesien am 1. 1920 in Kraft treten. Ueber die Vermögensverteilung soll ein Gesetz erscheinen, wenn die Vertreter der Provinzen nicht einig werden. Ein Zentrumsvorschlag, der für Oberschlesien ein besonderes Vorschlagsorgan politische Beamte schaffen sollte, wurde abgelehnt. Gesetzentwurf über Erweiterung der Selbständigkeit einzelner Verbände soll noch einer dritten Beratung zugehen werden.

D Das preussische Ausführungsgesetz des Reichsiedlungsgesetzes ist der preussischen Landesversammlung zugegangen. Es betrifft die Entzerrung der für Oberschlesien ein besonderes Vorschlagsorgan politische Beamte schaffen sollte, wurde abgelehnt. Gesetzentwurf über Erweiterung der Selbständigkeit einzelner Verbände soll noch einer dritten Beratung zugehen werden.

D Aus der Ostmark. Nach mehrwöchigen Verhandlungen ist in Bromberg die Einigung des Deutschen in dem Friedensvertrag zufolge an Polen abgegeben worden. Als die höchste Zahl der Deutschen im Abtretungsgebiet ist die deutsche Arbeitsgemeinschaft mit dem Sitz in Dirschau als demokratischen Abgeordneten Bürgermeister Winkler, als Vorsitzenden gebildet worden.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Der Seemannsstreik in den Nordseehäfen wie die deutsche Admiralität amtlich mitteilt, able für den Abtransport unserer Gefangenen aus England Dampfer Wilhelms und Melby sollten von Hamburg Bremerhaven auslaufen, um dort ihre Ausrückung zu bewerkstelligen. Infolge des Seemannsstreiks ist es bis jetzt möglich gewesen, die Dampfer in Fahrt zu setzen.

Die besetzten Gebiete.

Wertpakete ins unbesetzte Deutschland. Einer amtlichen deutschen Meldung können zwischen den besetzten Gebieten und dem unbesetzten Deutschland nach neueren Mitteilungen zur Beförderung zugelassenen Waren in Paketen mit einem Gewicht bis 100 Mark versandt werden. Höhere Wertpakete 100 Mark ist in der angegebenen Verkehrsbeziehung Paketen mit barem Gelde oder Wertpapieren zugelassen.

Aus Provinz und Nachbargebiet.

!! Nachforschung nach Auslandsdeutschen. Grenz-Überwachungsamt des Zentralkomitees der Vereine vom Roten Kreuz erwidert sich, Auskünfte zu dem über Deutsche, die aus dem überseeischen Auslande kommen, von dort heimgekehrt oder dortselbst verbleiben. Falls drahlische oder telephonische Auskunft erwünscht, müssen die vollen Kosten für solche Übermittlung bezahlt werden. Drahtschrist: Rotkreuzlager. Welsch. Sprecher Nr. 597/98 und 616.

!! Verbach (Besterwald), 25. Sept. Von einem fahrenden Lokomotive wurde hier an einem schmalen Uebergang eine Schwester aus dem Kloster der armen mädigen Christen überfahren. Der Unglücklichen wurde keine abgetrennt. Sie wurde gleich darauf in das Krankenhaus übergeführt. Ihr Zustand ist lebensgefährlich.

!! Nach 55jähriger Dienstzeit wird am 1. Oktober Direktor des Provinzialhochschullegiums für die Provinz Pommern, Oberregierungs- und Provinzialschulrat Dr. E. in Rassel, in den wohlverdienten Ruhestand treten. Tätigkeit im Schuldienst unserer heimatischen Provinz er in Montabaur im Herbst 1868 als Rektor des neu gegründeten Progymnasiums, das bereits im Frühjahr 1871 unter Leitung und umsichtigen Förderung als hiesiges hiesiges-Gymnasium zur Vollanstalt erhoben wurde. Er als Gymnasialdirektor noch drei Jahre dort tätig und dann in gleicher Eigenschaft an das humanistische Gymnasium in Wiesbaden versetzt, das er 20 Jahre lang leitete. Von da wurde er als Schulrat in das Provinzialhochschullegium berufen, verließ mehrere Jahre lang amtlich auch das Amt eines Regierungs-Schulrats in dortigen Regierung und war in den letzten zehn Jahren Erhebung zum Oberregierungsrat Direktor des Provinzialhochschullegiums.

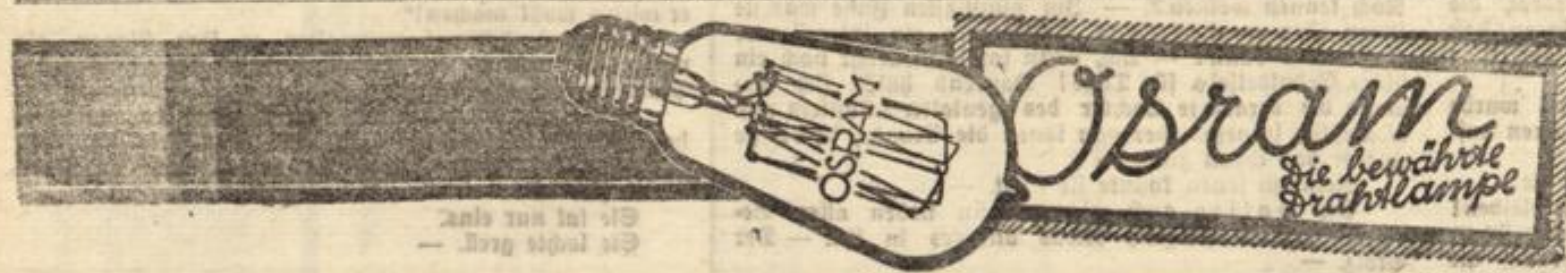
Aus Bad Emis und Umgegend.

Der christliche Metallarbeiterverband. Heute abend 8 Uhr im Gasthaus „Zur Krone“ eine öffentliche Volksversammlung, zu der er alle Arbeiter, Handwerker und Bürger einludet. Die Versammlung soll sich um die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in unserer bewegten Zeit im Vordergrund des Interesses stehen. Als Redner wird Bezirksleiter Karl Schmitt erscheinen, der den Emsern bereits bekannt ist.

Die Stadtverordneten beschließen in ihrer Sitzung, den Kriegsteilnehmern, die ein Jahr einem Truppenteil angehört und den Schwerbeschädigten, die sie kein Jahr einem mobilen Truppenteil angehört, die ersten Quartals im laufenden Wirtschaftsjahre zu 100 % als Termin der Stadtverordnetenwahlen wurde der 19. festgesetzt. Zu Vorgesetzten wurden Hotelbesitzer Franz Schmitt (Stellvert. Dr. Meuser und Lehrer Maltus) und Schulmeister Dünken (Stellvert. Oberbaurat Major und Hermann Ludwig Stahl) gewählt. Ferner wurde die Bildung der Räte wegen Futtermangels und zu geringen Mitteln beschlossen. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Schiffverkauf. Die Gebrüder Köpper von hier haben von der Waldburg das größte Motorboot, „Gehlen“ und sämtliche Anlegebrücken. Mit dem Boote soll im Jahre der Verkehr nach dem Rhein aufgenommen werden. Das Boot faßt 30 bis 40 Personen.

Wegwechsel. Das Grundstück des Maurers in der Krenbergstraße wurde von Ingenieur Gleich für 100 000 Mark erworben.



Osramwerke G. m. b. H.

